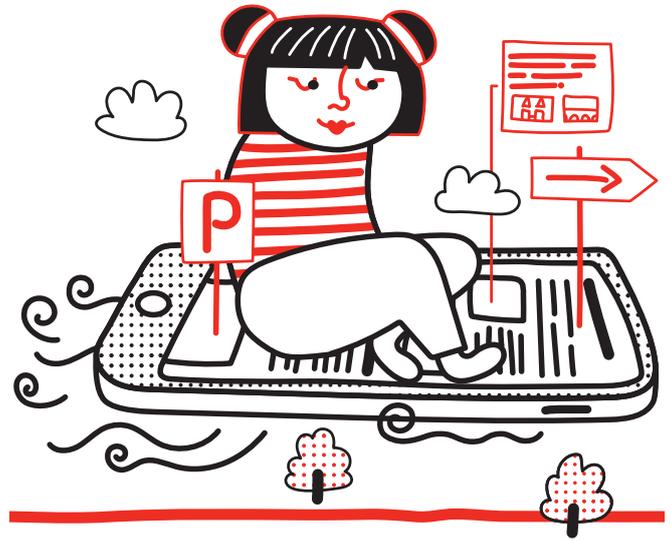


Bildung auf Digitalkurs: vernetzt, gemeinschaftlich und sicher

Positionspapier

Arbeitskreis IV
Kultur, Wissen, Lebensweisen

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G



DIE LINKE. im Bundestag diskutiert Chancen und Risiken einer digitalisierten Gesellschaft sowie ihre Herausforderungen für die Bildung. Bildungspolitiker*innen der Bundestagsfraktion positionieren sich. Wir wollen gestalten, ermöglichen und Risiken begrenzen.

Unsere Prämisse bleibt, Selbstbestimmung und Entwicklung für alle jungen Menschen in einer inklusiven Gesellschaft zu sichern. Gleichmaßen wollen wir den Einfluss von Lobbyverbänden und Kapitalinteressen zurückdrängen. Alle sind eingeladen, mit uns zu debattieren.

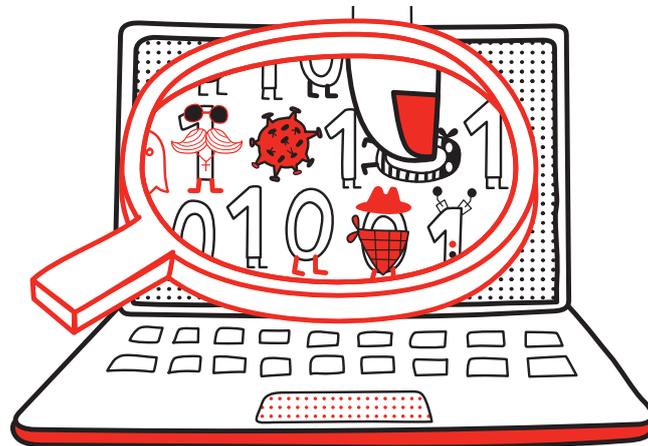
Orientiert daran, was junge Menschen erleben

Smartphones, Notebooks, Roboter, digitale Kameras, Computer als »Weltentdeckungsassistenten« gehören zur Lebenswelt. Kinder wollen wissen, »wie die Dinge gehen« und was man damit alles tun kann. Und so sind diese Geräte Anlass und Gegenstand von Bildung – in der Familie, in der Kita, in der Schule, in der Kinder- und Jugendhilfe, in der Berufsschule, in der Hochschule, kurz: überall dort, wo Bildung stattfindet.

Das ist verbunden mit Chancen und Risiken. Auf dem Weg zu guter Bildung müssen wir neu nachdenken. Dafür brauchen wir den gesellschaftlichen Diskurs zwischen Institutionen, Expert*innen, jungen Leuten und ihren Familien vor Ort – zwischen den unterschiedlichen Blickwinkeln und sozialen Erfahrungen.

Unser Ziel bleibt Bildung!

Bildung bedeutet, die Welt zu entdecken und sich selbst darin immer wieder neu zu platzieren. Es geht um die Regie über das eigene Leben. Es geht um selbstbestimmte kritische Geister, um lebenslanges Lernen. Hilfreich ist dabei selbstorganisiertes forschendes Lernen. Es geht um Toleranz und Wertschätzung gegenüber anderen Menschen, die Fähigkeit, Probleme zu erkennen und zu lösen. Es geht darum, Konflikte zu managen und Entscheidungen zu treffen, mit Widersprüchlichkeiten umzugehen, misstrauisch zu bleiben gegenüber einfa-



chen Antworten, abzuwägen und sich immer wieder neu zu orientieren.

Uns geht es um eine inklusive Gesellschaft, die Menschen in ihren vielfältigen Lebensbedingungen im Mittelpunkt sieht und als Voraussetzung von Bildung versteht. Bildung ist ein sozialer Prozess und somit Beziehungsarbeit; beides ist nicht durch digitale Geräte ersetzbar.

In einer Gesellschaft, in der digitale Technologien immer mehr das Leben und Lernen bestimmen, brauchen alle Menschen Medienkompetenz und informatische Bildung.

Digitale Mündigkeit bedeutet Souveränität im Umgang mit der digitalisierten Welt: sich auszukennen in unterschiedlichen Betriebssystemen, den Schutz eige-

ner Daten im Blick zu behalten, sich Abhängigkeiten zu entziehen, hinter digitale Kulissen zu schauen, selbst zu gestalten, abzuwägen, zu verändern, Neues zu erfinden – alters- und entwicklungsgemäß. Das ist und bleibt Aufgabe von Bildungspolitik und Pädagogik. Dafür ist informatische Bildung in allen Fächern wichtig.

Derzeit diskutieren wir kontrovers, ob eigens dafür ein Pflichtfach »Informatik« von der Grundschule an, über die weiterführende Schule bis hin zum Abitur sinnvoll und nötig ist (#PflichtfachInformatik).

Informatische Bildung von Anfang an?

Auch sehr junge Kinder interessieren sich für Smartphones, Laptops und Computer – beste Gelegenheit also, an ihre Neugier anzuknüpfen. Das heißt ausdrücklich nicht »die Kleinen einfach vor den Bildschirm zu setzen«. Es geht um das Spielen mit Algorithmen, um informatische Bildung – auch ohne Computer. Wir wollen ihr Interesse dafür wecken, wie alles funktioniert. Dazu gehören medienpädagogische Konzepte und ein demokratischer Diskurs mit den Eltern.

Wir diskutieren, ab welchem Alter digitale Geräte für Kinder erreichbar sein sollten. Vor dem Hintergrund von problematischen Erfahrungen verbinden Eltern und Pädagog*innen digitale Lernumgebungen nicht selten mit dem Ausgleich personellen Mangels und pädagogischer Ideenarmut.

Auch Ängste und Gefahren – Sucht, Cybermobbing, die Gefährdung von Datenschutz – müssen ernst genommen werden. Prinzipielle Verbote signalisieren hierbei nicht selten eher Ängste und Scheitern als tatsächlichen Schutz und bleiben meist erfolglos.

Über Gelingen oder Scheitern von Bildung – auch digitaler Bildung – entscheidet letztlich gute und verantwortungsvolle Pädagogik, nicht aber Geräte und Infrastruktur.

Mit offener Bildung zu mehr Gerechtigkeit

Offene Bildung (open education) meint Barrierefreiheit: frei zugängliche Materialien, offene Lernkulturen, offene Lizenzen – und zwar für alle. Offene Bildung ist Teilhabe und Mitbestimmung – durch Transparenz und gemeinschaftliches Lernen.

Freie digitale Bildungsmaterialien (Open Educational Resources = OER), weitgehend ohne rechtliche oder technische Zugangsbarrieren, dürfen geteilt und getauscht (Kultur des Teilens und des Tauschens), können verändert und neu oder wiederveröffentlicht werden. Sie sind für alle zugänglich und entwickeln »Schwarmintelligenz!«. Damit meinen wir das gemeinschaftliche Bearbeiten von Problemen, den Erfahrungsaustausch über die Qualität und die Anhäufung von Wissensschätzen für das Gemeinwohl. Freie Bildungsmaterialien fördern das Lernen »auf Augenhöhe« – eine ureigene linke Idee. Gleichzeitig kann Lernen nach individuellen Bedürfnissen »gestrickt«

werden. Freier Zugang zu freiem Wissen bringt mehr Bildungsgerechtigkeit.

Was öffentlich finanziert ist, soll öffentlich zugänglich bleiben. Das Resultat öffentlicher Ausschreibungen und Förderprogramme sollen offen lizenzierte Materialien in offenen Dateiformaten sein. Bildungspolitik im Bund, in den Ländern und Kommunen muss das Produzieren, das Tauschen und das Teilen von OER fördern. Das braucht Zeit, Geld, Anreize und motivierte Fachleute. Das braucht offene Plattformen, die gepflegt und finanziert werden müssen. Mehr Lehrende und Lernende müssen davon erfahren: OER braucht also Öffentlichkeitsarbeit und motivierte Multiplikator*innen.

Gemeinsamer Austausch zur Qualitätssicherung?

Bildungsmaterialien werden staatlich und wissenschaftlich kontrolliert, staatlich geprüft und zertifiziert, denn Bildung ist ein Verfassungsauftrag, der sich an den Staat richtet. Offene Bildungsmaterialien verbleiben dagegen durch den lebendigen Austausch – durch Teilen, Tauschen und Verändern – nicht in einem statischen und somit unmittelbar kontrollierbaren Zustand.

Diskutieren müssen wir deshalb, wie dabei deren Qualität gesichert und überprüft werden kann. Welche Mindeststandards sollen für Qualität, für Diskriminierungsfreiheit und für die Möglichkeiten



der Mitbestimmung bürden und wie sollen sie kontrolliert werden? Welche Partner und gesellschaftlichen Akteure müssen dabei eingebunden werden? Diese Aufgabe darf nicht Unternehmen oder anderen Akteur*innen mit lobbyistischen Interessen überlassen werden.

Ganzheitliche Bildung mit und für alle Sinne

Bildung braucht alle Sinne, braucht kognitive und emotionale Zugänge zur Welt. Bildung in digitaler Gesellschaft bedeutet nicht, so viel Zeit wie möglich am Computer zu verbringen. Sie meint Weltentdeckung mit allen Sinnen und an den vielfältigen Orten, die Lernprozesse zu

Bildung werden lassen (können) – mit und ohne digitale Endgeräte. Ästhetischem Lernen muss die gleiche Aufmerksamkeit und die gleiche Bedeutung zukommen wie der MINT-Bildung. Junge Leute müssen die Erfahrung machen können, dass schwierige und komplexe Fragen nicht mit einem Entweder-Oder beantwortbar sind, dass es dafür auch analoge Räume der Auseinandersetzung und soziale Beziehungen braucht.

Learning Analytics und Big Data

Computerprogramme versprechen individualisierte Angebote für junge Menschen in vielfältigen Lebenssituationen und mit unterschiedlichen Lernstrategien. Ein Verständnis von Bildung und Lernen, das sich jedoch auf das Messen und Standardisieren konzentriert und den gewinnbringenden Vergleich auf Ranglisten reduziert, lehnen wir ab.

Inklusiv gedachte Diagnostik von Lernprozessen heißt für uns stattdessen, junge Menschen in ihren Lebensumständen zu verstehen, vielfältige Perspektiven und Zugänge dafür zu nutzen und diese immer wieder infrage zu stellen. Pädagogisch absichtsvoll eingebunden und verantwortlich genutzt, kann algorithmisch gestütztes Lernen für die Heterogenität der Lernenden hilfreich sein.

Learning Analytics müssen sich an datenschutzrechtlichen Standards messen lassen. Die Hoheit über eigene Daten bleibt bei Schüler*innen und ihren Eltern. Statt



psychometrischer Vermessung von jungen Menschen, statt der Erstellung von umfassenden Lern- und Persönlichkeitsprofilen muss es um Datensparsamkeit gehen. Der Einsatz von Learning Analytics und künstlicher Intelligenz (KI) muss pädagogisch eingebunden und verantwortet werden.

Lehrende lernen, Lernende lehren

Lehrer*innen und andere in dem Bereich professionell Tätige gehören möglicherweise in ihrer Mehrzahl nicht zu den »digital Natives« – zu den in das digitale Zeitalter hin-

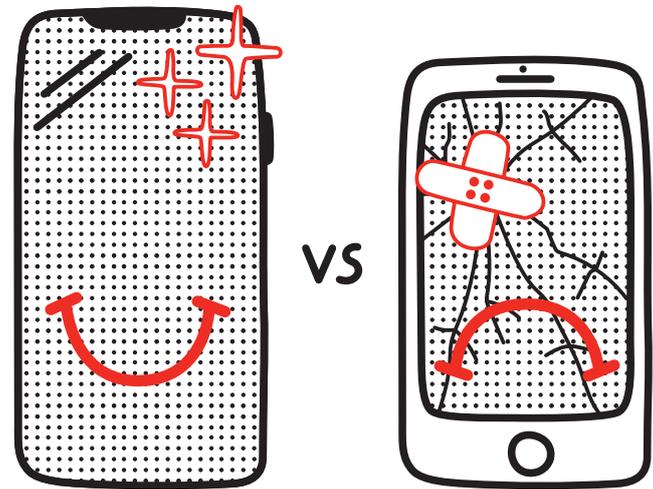
eingeborenen Menschen. Sie sind Quereinsteiger*innen, im besten Fall Interessierte und Lernende. Deshalb müssen die Herausforderungen einer digitalisierten Gesellschaft im Allgemeinen wie auch die Entwicklung von Medienbildung (Pädagogik und Didaktik) im Besonderen geradezu selbstverständlicher Teil der Aus- und Weiterbildung in der Pädagogik – für Erzieher*innen, Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter*innen und pädagogische Mitarbeiter*innen werden. Bund und Länder müssen gemeinsam einen »Kraftakt« bewältigen: eine Fort- und Weiterbildungsoffensive für alle, die Bildung professionell begleiten.

Trotzdem: Wenn Lehrende und Lernende gleichermaßen Lehrende und Lernende sind, dann kann das ein Gewinn sein: gemeinschaftliches Lernen im Verständnis von Lern- und Bildungspartnerschaften.

Digitale Spaltung abbauen und inklusive Bildung entwickeln

Auch Bildung in der digitalen Welt trifft auf soziale Spaltung. Digitale Lernmittel müssen Werkzeuge sein, um Ausgrenzung und Diskriminierung entgegenzutreten und abzubauen. Die Befunde aus der

Wissenschaft zeigen, dass die individuelle Ausstattung mit Computern, Tablets oder Smartphones nicht zuletzt vom Geldbeutel der Familien abhängt. Die Entwicklung von Medienkompetenzen hängt hierzulande von der sozialen Herkunft junger Menschen ab. Kinder und



Jugendliche aus benachteiligten Familien nutzen die digitalen Medien offenbar weniger zur Welterklärung in der Weise, wie sie in der Schule – als Mittelschichtsinstitution – erwartet wird. Hier entsteht soziale Spaltung, die den Bildungserfolg gefährdet oder dessen Gefährdung fortsetzt.

Was also können digitale Medien gegen die soziale Spaltung tun?

Visionär ist, eine moderne und leistungsfähige digitale Infrastruktur für jede und jeden in allen Bildungsinstitutionen und -feldern bereitzustellen, und zwar öffentlich finanziert.

Zu diskutieren wäre, Kindern und Jugendlichen einzuräumen, mit eigenen Geräten zu lernen – Bring your own device (BYOD). Sie bringen dabei einen großen Wissensvorrat mit, der Erfolgsaussichten vorprogrammieren kann. Eine Vielfalt an Lerngegenständen und Betriebssystemen ermöglicht vielfältige Lernstrategien, Zugänge, Fragen und (vorläufige) Antworten. Auf der anderen Seite bilden die eigenen Geräte und Lernmaterialien immer auch erneut soziale Ungleichheit ab. Kinder aus belasteten Lebenslagen brauchen deshalb die besten Leihgeräte, um sozialer Ungleichheit entgegenzutreten.

Digitale Infrastruktur ist öffentliche Aufgabe

Der Zugang zum Internet, die Nutzung digitaler Werkzeuge gehört zu den Schlüsseln beim Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen und zu demokratischer Mitbestimmung. Damit ist öffentliche Daseinsvorsorge beschrieben. Und die darf niemanden ausgrenzen: nicht diejenigen, die auf dem Land wohnen, in kleineren Gemeinden, und auch nicht diejenigen, die in problembelasteten Vierteln größerer Städte leben.

Die Städte und Landkreise als Schulträger müssen finanziell so ausgestattet werden, dass sie eine flächendeckende digitale Infrastruktur für alle Lernenden sichern können. Durch die Änderung des Grundgesetzes 2019 ist der Weg frei für eine stärkere Beteiligung des Bundes an der Finanzierung. Deshalb fordern wir eine dauerhafte Verantwortung des Bundes und schlagen vor, Bildung als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz zu verankern.

Unsere Forderung bleibt darüber hinaus: Die sozialen Sicherungssysteme müssen Bedürfnisse und Erfordernisse für Lernen in digitaler Umgebung abbilden und jedem Kind ermöglichen.

Digitale Mündigkeit braucht lebensbegleitendes Lernen

Selbstbestimmt zu leben in einer digitalisierten Welt erfordert lebensbegleitendes Lernen. Wissen, Lernprozesse, notwendige Kompetenzen und Herausforderungen der Arbeitswelt wie auch die Bedingungen für gesellschaftliche Teilhabe verändern sich. Ein Recht auf Weiterbildung brauchen alle ebenso wie gute Rahmenbedingungen: soziale Sicherungssysteme, die lebensbegleitendes Lernen ermöglichen, und ein ganzheitliches Verständnis von Weiterbildung, das an die Interessen von Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen anknüpft. Weiterbildung, darf nicht reduziert werden auf Erfordernisse des Arbeitsmarktes, sondern muss den ganzen Menschen und seine Entwicklung im Blick haben.

Politik muss die Finanzierung von Weiterbildung sichern wie auch den Zugang unabhängig von der sozialen Situation der Lernenden.

Risikobewusst lehren und lernen

Risiken sind aus einer modernen Welt nicht wegzudenken. Risiken müssen begrenzt, Chancen genutzt werden.

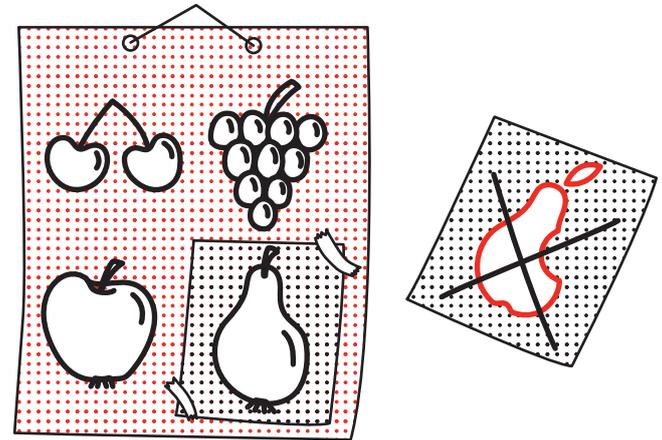
Auch digitale Lernumgebungen und -werkzeuge können zu problematischen Entwicklungen führen (Missbrauch und Sucht). Durch den Mangel an Medienkompetenz werden Smartphones zu »Aufmerksamkeitsfressern« und stören soziales Miteinander. Auch informatische Bildung kann gut oder schlecht organisiert werden. Bildungsprozesse müssen gestaltet und reflektiert werden – von Schüler*innen, von Lehrkräften und Pädagog*innen, von allen Akteur*innen – in einem demokratischen Prozess der Aushandlung.

Digitale Lernumgebungen brauchen den aufmerksamen und achtsamen Blick aller, die an guter Bildung beteiligt und interessiert sind.

Geld verdienen verboten?

Wir leben im Kapitalismus. Bildung in digitalisierter Gesellschaft heißt also auch Bildung in einer kapitaldominierten Gesellschaft. Für Unternehmen geht es ums Geldverdienen. Für uns geht es um Bildung. Von einer neoliberalen Ideologie, die Menschen und ihr Handeln eher als Kostenfaktor betrachtet und Schulen als Marktteilnehmer versteht, grenzen wir uns ab. Unser politisches Handeln bleibt daran ausgerichtet.

Dennoch: Kapitalinteressen finden sich auch im Feld institutionalisierter Bildung. Schulbuchverlage verdienen beispielsweise an den vielfältigen Curricula. Bildungsmaterialien sollten auch künftig nicht in Ministerien hergestellt



und verteilt werden. Was jedoch in öffentlichem Auftrag hergestellt wurde, soll öffentlich zugänglich bleiben.

Wir diskutieren also, was darf der Markt und was darf er nicht – aus der Perspektive linker Bildungspolitik im digitalen Zeitalter? Welche der unternehmerischen Interessen dürfen sein – im Feld der Bildung? Welche unternehmerischen Interessen haben in öffentlichen Bildungseinrichtungen nichts zu suchen? Wo gibt es gar Schnittmengen und wie sollen diese ausgestaltet und geregelt werden?

Wir wollen keine »Lock-in-Effekte«. Keinesfalls sollen digitale Lernsettings dazu dienen, spätere Kundschaft für Unternehmen zu gewinnen. Deshalb wollen wir keine Produkt- oder Markenwerbung.

Bildung – gleich in welcher Institution – ist für uns kein Absatzmarkt. Auch für Bildung in digitaler Gesellschaft gilt: Bildung entsteht aus Vielfalt, nicht aus Einfachheit. Medienkompetenz beschränkt sich nicht auf Bedienkompetenzen.

Soft- und Hardware müssen offen, nachhaltig und diskriminierungsfrei sein. Auch kapitaldominierte Strategien vor allem von großen Digital- und Internetkonzernen, die einem nachhaltigen Schutz natürlicher Ressourcen entgegenstehen und lediglich auf Profitmaximierung ausgelegt sind, sind offenzulegen. Ihnen muss entgegengetreten werden. Auch Kapitalismus mit digitalen Mitteln und seine weltweiten Ausbeutungsstrategien müssen Gegenstand medienpädagogischer Bildung sein.

¹ vgl. Duden Szenesprache: Schwarmintelligenz Fisch- oder Vogelschwärme funktionieren über Selbstorganisation. Der Einzelne orientiert sich am Nachbarn, kein Mitglied der Gruppe hat den Überblick über das Ganze, trotzdem funktioniert das System perfekt.

Eine Form von Schwarmintelligenz lässt sich auch im Internet beobachten: Dort versammeln sich situativ immer wieder große Gruppen, die in ihrer Summe klüger sind als ihre einzelnen Mitglieder. Die Onlineenzyklopädie Wikipedia, die laufend von den Nutzern erweitert wird, ist ein Paradebeispiel hierfür: Gegenseitige Offenheit und Kontrolle führen, von gelegentlichen EditWars abgesehen, zu einer Effizienz bei der Entscheidungsfindung, die es bei anderen Organisationsformen nicht gibt. Auch Flashmobs basieren auf schwarmintelligentem Verhalten.

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22751170, Fax: 030/22756128
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P.: Jan Korte

Stand: Juni 2020
Layout/Druck: Fraktionsservice

Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden!

Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de

200618

www.linksfraktion.de